

Tannus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mark, monatlich 70 Pfennig. Anzeigen: Die 50 mm breite Zeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Zeile im Text 50 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Freitag

4

Januar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinsichtlich der gerichtlicher Vertreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 6.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vor, kleinere bis 10 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird turnusmäßig bedacht, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 2 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Alendöhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Großes Hauptquartier, 3. Januar. (W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekämpfe. Nahe der Rüste wurden bei gelungener Unternehmung Gefangene eingebracht. Französische Vorkämpfe in der Champagne, nördlich von Prosnes nördlich von Le Mesnil scheiterten in unserem Feuer.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen Front

und

Italienische Front.

Ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Friedensverhandlungen vor dem Hauptauschuß des Reichstags.

Berlin, 3. Jan. Der Hauptauschuß des Reichstags trat am Donnerstag nachmittag um 3 Uhr in Gegenwart des Reichskanzlers Grafen von Hertling zusammen. Gegenstand der Tagesordnung sind die

Friedensverhandlungen.

Der Vorsitzende Abg. Fehrenbach (Z.) eröffnete die Sitzung mit den besten Neujahrswünschen für die Vertreter der Regierung und des Reichstags.

Eine in der Provinzzeitung vorgekommene Indiskretion aus den letzten Verhandlungen des Hauptauschusses über Litauen gibt dem Vorsitzenden Veranlassung bei den nunmehr beginnenden Beratungen über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk die gebotene Zurückhaltung auch bei der Berichterstattung zu beobachten.

Hierauf ergreift der

Reichskanzler

das Wort und begrüßt es mit Befriedigung, daß durch den Zusammentritt des Hauptauschusses die Möglichkeit gegeben sei, zwischen der Reichsleitung und der Volksvertretung vertrauensvoll über die wichtigen und folgenreichen Entscheidungen in Verbindung zu treten, die gegenwärtig zu erörtern seien. Die Regierung werde diese Gelegenheit benutzen, um Mitteilungen über den bisherigen Gang der Friedensverhandlungen zu machen und Wünsche und Anregungen der Volksvertreter entgegenzunehmen. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sei gestern nach einem zweitägigen Aufenthalt in Berlin wieder nach Brest-Litowsk zurückgekehrt. Zu seinem Bedauern könne er daher nicht selbst über den bisherigen Gang der Verhandlungen mit Rußland berichten. Statt seiner werde der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr von dem Busche, diese Aufgabe übernehmen.

Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von dem Busche: Da ich den Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht beigewohnt habe, kann ich deren Gang nicht so schildern, wie Staatssekretär v. Rühlmann getan hätte. Die Waffenstillstandsverhandlungen nahmen einen verhältnismäßig glatten Verlauf, ebenso die entsprechenden Verhandlungen für die Südostfront in Fociani. Artikel 9 des Waffenstillstandsvertrages sah das unmittelbare Eintreten in Friedensverhandlungen vor, diese begannen dann auch ohne Verzug in Brest-Litowsk. Als Vertreter der Obersten Heeresleitung nimmt General Hoffmann an den Verhandlungen teil. Diese waren schwierig, da auf der einen Seite eine Koalition von vier Mächten, auf der anderen Seite Rußland allein steht. Die Öffentlichkeit ist über den Gang der Verhandlungen eingehender unterrichtet als sonst üblich. Auch das bedeutet eine Schwierigkeit, weil dadurch die Entente die Möglichkeit erhält, störend einzuwirken. Den ersten Gegenstand der Verhandlungen bildeten die bekannten Vorschläge der russischen Abordnung. Daraus erfolgte die gleichfalls bekannte gründliche Erklärung der Verbündeten vom 25. Dezember. Die zunächst beratenen Einzelfragen, nämlich die Gebietsfrage, bereiten große Schwierigkeiten, indem die Russen das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Mittelpunkt rücken. Praktisch haben die Russen dieses Recht neuerdings Finnland zugestanden.

Ueber die wirtschaftlichen Verhandlungen in Brest machte der Unterstaatssekretär längere vertrauliche Mitteilungen. Die gleich nach Abschluß des Waffenstillstandes eingefetzte Spezialkommission, z. B. zur Regelung der Gefangenenerfrage, habe eine schwere Aufgabe zu lösen.

Abg. Fehrenbach schlägt vor, zunächst die politischen Fragen zu behandeln.

Eine längere Geschäftsordnungsdebatte beschäftigt sich mit dem Verlangen der Kommission, Material zu erhalten über die gefassten Beschlüsse auf wirtschaftlichem Gebiet sowie eine Zusammenstellung von Nachrichten, die der deutschen Presse vorenthalten wurden, obwohl sie in der neutralen und feindlichen Presse mitgeteilt sind. Auch wird von einer angeblichen Denkschrift der Herren Rohrbach und Schiemann gesprochen, die im Kriegsministerium ausgearbeitet ist. Der Ausschuh wünscht diese Denkschrift kennen zu lernen.

Abg. Erzberger (Ztr.): Das Vorgehen der Vertreter Deutschlands in Brest-Litowsk findet im allgemeinen unsere Billigung. Das Selbstbestimmungsrecht muß klar und offen durchgeführt werden. Die Behandlung des litauischen Landesrats durch die Militärverwaltung ist nicht zu billigen, ja gar nicht zu verstehen. Eine Schwierigkeit wird die Frage nach dem, wann die Gebiete geräumt werden sollen. Am richtigsten wird es sein, wenn das in bestimmter kurzer Frist nach der russischen Demobilisierung geschieht, auf diese Weise können wir zu einem dauernden Frieden mit Rußland kommen. Der Redner verbreitet sich ausführlich über die politische Frage. Eine Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Völker lasse sich finden, und auch Rußland wird zufriedengestellt werden können, sobald Garantien für einen dauernden Frieden gegeben seien.

Reichschatzsekretär Graf v. Rüdern: Der litauische Landesrat wird in den nächsten Tagen zusammentreten. Er war bereits im Dezember versammelt und hat selbst den Wunsch gehabt, im Januar die eigentlichen Sitzungen aufzunehmen.

Abg. Dr. David (Soz.): Was der Unterstaatssekretär mitgeteilt hat, war ausnahmslos bekannt. Man solle mit der Geheimdiplomatie endlich aufhören. Bei der Durchführung des Selbstbestimmungsrechts verlangen wir, daß es offen und klar zugeht. Auch den Schein muß man meiden, das verlangt unser Ansehen im Ausland, auch das Ansehen des Reichstags, der seine Auffassung am 19. Juli ausgesprochen hat. Den einheimischen Vertretungen muß sehr bald die Verwaltung übertragen werden. Am besten überlassen wir die Lösung der Polenfrage den Polen selbst. Hoffentlich ist die Sache mit dem litauischen Landesrat nun in Ordnung.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärt, daß von einer Denkschrift der Herren Rohrbach und Schiemann an keiner amtlichen Stelle des Kriegsministeriums etwas bekannt sei.

Die Weiterberatungen werden sodann auf Freitag vertagt.

Keine Einberufung des Reichstags.

Berlin, 3. Jan. Der Ältestenausschuß des Reichstags beriet am Donnerstag nachmittag über die Geschäftsfrage. Die beiden sozialistischen Fraktionen hatten beantragt, das Plenum des Reichstags sofort im Anschluß an den Hauptauschuß einzuberufen. Die bürgerlichen Parteien nahmen gegen den Antrag Stellung. Der Vertreter der deutsch-konservativen Fraktion meinte, es könnte sich vielleicht die Notwendigkeit herausstellen, den Reichstag einzuberufen. Vorläufig sollte aber auch keine Fraktion dies nicht für erforderlich. Die Mehrheit kam daher überein, daß von einer Einberufung des Plenums vorläufig Abstand genommen werde, dagegen der Hauptauschuß eingehende Beratungen pflegen solle. Diese werden zunächst bis in die nächste Woche hinein dauern und sollen in vier Abschnitten erfolgen; einzelne Abschnitte dürften mehr als eine Sitzung in Anspruch nehmen, zumal da die Sitzungen mit Rücksicht auf eventuelle Fraktionsberatungen nicht zu weit ausgedehnt werden sollen. Die vier Abschnitte betreffen die polnische Frage, den Gefangenenaustausch, die Handelspolitik und Rechtsfragen.

Die Friedensverhandlungen.

Berlin, 3. Jan. Staatssekretär v. Rühlmann ist in dieser Nacht zwischen 12 und 1 Uhr mit seiner Begleitung von Bahnhof Friedrichstraße wieder nach Brest-Litowsk abgereist. Mit dem gleichen Sonderzug haben sich die

fürstlichen und bulgarischen Delegierten nach dem Orte der Friedensverhandlungen begeben.

Wien, 3. Jan. (W. B.) Kaiser Karl empfing gestern den Minister des Neuherrn Grafen Czernin in besonderer Audienz. Der polnische Ministerpräsident Suchaczewski ist heute nach Warschau abgereist.

Die Haltung der Entente.

Genf, 3. Jan. Wie der „Matin“ unter Berufung auf eine Washingtoner Meldung der „Times“ mitteilt, schwaben zwischen London, Paris und Washington Verhandlungen über die Antwort der Entente auf die erwartete Einladung der Maximalisten zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen; es ist noch nicht bestimmt, wer die Antwort im Namen der Entente erteilen wird, aber es steht bereits fest, daß sie ablehnend sein wird mit der Begründung, daß die Vertreter Deutschlands kein Vertrauen verdienen.

Die Presse der Linken in Frankreich beschwört unterdessen die Regierung Clemenceau, die Beziehungen mit den Maximalisten wenigstens indirekt aufzunehmen, um nicht Rußland vollständig vom Frankreich loszulösen und dieses jeden Einflusses auf die Friedensverhandlungen zu berauben. Das sozialistische „Journal du Peuple“ macht darauf aufmerksam, daß Clemenceau durch die Verweigerung der Pässe für die Rußlandreise der „Rechts“-Sozialisten den Beweis geliefert habe, daß er die falsche Politik fortsetze, die Briand und Ribot begonnen hätten. Clemenceau fürchtet sich davor, den Eindruck zu erwecken, als ob er Furcht habe. Der Feind wisse, wie man in Frankreich denke, ebenso gut, wie man in Frankreich über das unterrichtet sei, was in Feindesland vorgehe. Alle Völker setzen bereit zu einem ehrenvollen Frieden, und es sei nicht ethisch, wenn Clemenceau den Sozialisten die Reisepässe verweigere aus Furcht vor dem schlechten Eindruck, den ihre Bewilligung auf die Soldaten an der Front machen könnte. (Ziff. Ztg.)

Generalfeldmarschall Wonsch.

Berlin, 3. Jan. Wie die „Leipziger Neuesten Nachr.“ aus Breslau nach allerhöchster Kabinettsordre vom 31. Dez. mitteilen, ist der Generaloberst Wonsch unter Aufhebung seiner Mobilmachungsbestimmung als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Wonsch, zum Generalfeldmarschall ernannt worden. Der Generalfeldmarschall hat bereits seinen Wohnsitz im Schloß Pilsniz bei Breslau genommen. (Ziff. Ztg.)

Englische Anerkennung für v. Lettow-Vorbeck.

Amsterdam, 3. Jan. (W. B.) Die Londoner Wochenschrift „Truth“ widmet dem deutschen Oberbefehlshaber in Ostafrika folgende Worte der Anerkennung: „von Lettow-Vorbeck hat sich als ein tüchtiger Truppenführer erwiesen, der mehr als drei Jahre gegen mächtige Streikräfte unter Umständen kämpfte, die bei einem weniger energischen Kommandanten lähmend gewirkt hätten. Was der deutsche Kaiser vor ein paar Monaten von ihm gesagt hat, nämlich daß die Welt niemals erwartet habe, was seine eiserne Kraft ermöglichte, ist wahr.“

Italien.

Die Lage in Venedig.

Basel, 3. Jan. Die italienischen Blätter veröffentlichen eine Erklärung des Bürgermeisters von Venedig, wonach die Auswanderung aus der Stadt, die täglich größere Dimensionen annahm, ohne den geringsten Unfall oder Unordnung durchgeführt werde. In der Stadt verblieben ungefähr 70 000 Einwohner. 10 000 Personen, meistens Arbeitslose, wurden in den benachbarten Gegenden untergebracht. (Ziff. Ztg.)

Die Unabhängigkeit Finnlands.

Basel, 3. Jan. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. In seiner Antwort auf das Ersuchen der finnlandischen Regierung um Anerkennung der finnlandischen Republik brachte der Rat der Volkskommissare in voller Uebereinstimmung mit dem Grundgesetz der freien Selbstbestimmung der Nationen im ausführenden Hauptauschuß Folgendes in Vorschlag: 1. Anerkennung der politischen Unabhängigkeit der finnlandischen Republik, 2. in Ueber-

einstimmung mit der finnländischen Regierung Einsetzung eines Sonderausschusses von Vertretern beider Parteien zur Ausarbeitung derjenigen Maßnahmen, die sich aus der Trennung Finnlands von Rußland ergeben.

Rußland.

Dem 4. russischen Heer, dessen ukrainische Truppen die Kada und Tcherbatschew nicht anerkannt haben, werden weder Nahrungsmittel noch Vorräte geschickt. Tcherbatschew und die rumänischen Behörden in Jassy haben das dort gebildete revolutionäre Komitee gefangen genommen. Trozkij machte darauf der rumänischen Gesandtschaft in Petersburg von den Vorfällen Mitteilung und fragte, welche Maßnahmen die rumänische Regierung getroffen habe, um die verbrecherischen Elemente unter den rumänischen Offizieren und Bürokraten zu strafen, die es gewagt hätten, die Hand gegen die Revolution zu erheben. Weiter teilte Trozkij der rumänischen Gesandtschaft mit, daß er die Unterdrückung nicht länger dulden werde, und der Sowjet nicht länger zögern werde, die strengsten Maßnahmen gegen die gegenrevolutionären Verschwörer in Rumänien und die Mitschuldigen Kalebins, Tcherbatschew und die Kada zu treffen. Die Antwort der rumänischen Gesandtschaft wurde von Trozkij für ungenügend erklärt. Die Antwort weist auf die Pflicht der Vertreter der Alliierten hin, freundschaftliche Beziehungen zwischen den alliierten Staaten zu fördern. Rumänien beobachtet die Konflikte unter den russischen Truppen sehr, es werde dies nicht zulassen.

Preissturz im Kettenhandel.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk haben bereits wirtschaftliche Folgen. In Polen machte sich zuerst ein Sinken der Preise bemerkbar. Auch taucht in Warschau schon wieder Schokolade auf. Sardinen werden auch wieder sichtbar, vermutlich, weil Rußland bald die sogenannten russischen Sardinen auf den Markt bringen wird. Mehl ist an der deutsch-polnischen Grenze im Preise um 20 v. H. gesunken. Wurst, die mit 8—9 Mark das Pfund bezahlt wurde, ist 2 Mark billiger. Pelzwerk ist sogar um 200 Mark gefallen. Schuhwerk gingen bei den „Schiebern“ mit 800 Mark das Groß fort, jetzt werden Käufer mit 500 Mark gesucht. Seife wurde noch Anfang Dezember mit 70 bis 90 Mark von Hand zur Hand gegeben, jetzt ist man um 20 v. H. heruntergegangen. Als Folge der günstig verlaufenden deutsch-russischen Friedensverhandlungen macht sich in Ost- und Westpreußen ein bedeutendes Sinken der Pferdepreise bemerkbar. Pferde die vor wenigen Monaten 4000 Mark und darüber kosteten, sind jetzt für 2000 Mark und darunter zu haben. In Kreisen der Landwirte erwartet man eine größere Pferdeeinfuhr aus Rußland.

Preiserhöhung für Zündhölzer.

Berlin, 3. Jan. (W. B.) Die im Dezember fest gestellten Höchstpreise für Zündhölzer entsprechen nicht mehr den inzwischen erheblich gestiegenen Herstellungskosten. Der Reichszucker hat daher die Hersteller-Höchstpreise um je 30 M. für die ganze Riste oder die entsprechende Packung (um 25 Mark bei Verpackung in Schachteln oder Rostern zu je 300 Stück) und die Zuschläge für imprägnierte bunte oder flache Hölzer um je 20 M. erhöht. Entsprechend sind die Kleinhandels-Höchstpreise für das Pack zu zehn Schachteln um je 5 Pfg. heraufgesetzt. Für eine Schachtel Sicherheitshölzer oder überall entzündbarer Hölzer beträgt der Höchstpreis jetzt 5 Pfg. (früher für zwei Schachteln 9 Pfg.), für zwei Schachteln imprägnierte bunte oder flache Hölzer 11 Pfg. (früher für eine Schachtel 5 Pfg.).

Lokalnachrichten.

* Königsberg, 4. Jan. Mit dem Eisernen Kreuz 2. Kl. wurde ausgezeichnet Vizefeldwebel Offiziersaspirant J. G. Söhngen, ältester Sohn der Frau J. G. Söhngen Wwe. hier, welcher an den Kämpfen in Flandern teilnahm.

* Unteroffizier Franz Finger, Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl., 3. Kl. bei einer Fernsprecher-Bauabteilung im Westen, wurde am Neujahrstag zum Sergeant befördert. Der Beförderung, ein Sohn des Herrn Privatiers Franz Finger hier, ist seit Kriegsausbruch einberufen.

* Ab 7. Januar findet auf Anordnung der Oberpostdirektion Frankfurt (Main) wohl in deren ganzem Bezirk nur noch eine zweimalige Bestellung von Postsendungen an die Empfänger statt. In Königsberg findet alsdann die erste Bestellung (für Briefe und Geldsendungen) vormittags 8.45 Uhr, die zweite (für Briefe und Pakete) nachmittags um 4.30 Uhr statt.

* Der heutigen Nummer liegt die Verlosungsliste der 3 1/2 Proz. Schuldverschreibungen der Kass. Landesbank bei, auf welche auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht wird.

* Der Entwurf einer Bekanntmachung über die Gewährung von Zulagen an die Empfänger von Invalidenrente, Witwen- und Witwerrenten aus der Invalidenversicherung fand gestern die Zustimmung des Bundesrates.

* Keine Einschreibepakete. Auf eine vom deutschen Handelstag an den Reichspostsekretär gerichtete Eingabe über die Wiederzulassung der Einschreibepakete hat der Sekretär geantwortet, daß es aus Betriebschwierigkeiten zur Zeit nicht angängig ist, die Einschreibung bei Privatpaketen wieder zuzulassen.

* Die Reichsbeleidigungsstelle veröffentlicht im Reichsanzeiger eine Bekanntmachung über Beschlagnahme der im Besitz von Althändlern und ähnlichen Gewerbetreibenden befindlichen Altbau- und Wäschestücke.

Letzte Nachrichten.

Buchanan verläßt Petersburg.

Haag, 4. Januar. (Priv.-Tel. d. Frkf. Ztg.) Reuter meldet aus London: Der englische Botschafter Sir George Buchanan hat wegen Krankheit Petersburg verlassen, um nach London zurückzukehren. Die Mitglieder der britischen Kriegskommission sind ebenfalls abgereist.

Von nah und fern.

* Neuenhain, 3. Jan. Josef Frank, seit Ausbruch des Krieges im Heere, erhielt für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde das Eisene Kreuz 2. Klasse. — Dieselbe Auszeichnung wurde auch dem Pionier Hermann Korbach zuteil.

Schwanheim a. M., 4. Jan. Ein hiesiger Landwirt W. schlachtete neben einem Schwein, wozu er Erlaubnis besaß, „versehentlich“ noch ein Kind mit. Hierbei wurde er überrascht. Das Fleisch, etwa 4 Zentner, verfiel der Beschlagnahme.

Frankfurt, 4. Jan. Infolge der Angriffe auf Schutzleute und der Zunahme der Einbrüche sind jetzt jedem Polizeirevier von abends 10 Uhr an militärische Hilfskräfte beigegeben. Diese begleiten, völlig bewaffnet, die Schutzleute auf ihren Rundgängen, sobald die Streifen von je 3 bis 4 Mann ausgeführt werden.

— Schleichhandel. Das Schöffengericht verurteilte den Händler Johann Kanning, der ohne Erlaubnis Handel mit Lebensmitteln getrieben und eingeführten Rasse nicht auf dem Lebensmittelmarkt angemeldet hatte, zu 2000 Mark Geldstrafe. Der Erlös für 263 Risten Handkäse, die bei ihm beschlagnahmt wurden, wird eingezogen. Ein Mann und eine Frau aus Vororten von Stuttgart, die wiederholt Fleisch hierher geschmuggelt und es unter Ueberschreitung der Höchstpreise und ohne Eintragung in den Bezugsschein B im Wirtschaftsbetrieb des Hauptbahnhofes abgesetzt hatten, wurden zu je 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Restaurateur Quattelsbaum erhielt eine Strafe von 1100 Mark.

Kleine Chronik.

— Für 120 000 Mark Eisenbahngüter gestohlen. Die Diebstähle an Eisenbahngütern auf dem Bahnhof Hameln haben, wie sich herausgestellt, einen Umfang angenommen, der alles bisher auf Bahnhöfen an Diebstählen Gesehene weit übertrifft. Zwei Verhaftete, ein Weichensteller und ein Rangierer, haben allein für 120 000 Mark Waren gestohlen. Man fand in Verstecken solche Warenmengen vor, daß man zehn mit Pferden bespannte Wagen voll beladen mußte, um die Diebesbeute fortzuschaffen. Mit den vorgefundenen Sachen konnte man sowohl ein Konfektions- als auch ein Nahrungsmittelgeschäft anfangen.

— Der Dieb beim Pfarrer. In letzter Zeit kreibt in Berlin ein Dieb sein Unwesen, der mit einem absonderlichen Anstrich arbeitet. Bei Berliner Geistlichen erscheint ein junger Mann mit der Bitte, so schnell wie möglich zu einem Kranken zu kommen, um ihm das Abendmahl zu reichen. Die Zeit, in der der Geistliche sich vorbereitet zu seiner Amtshandlung, benutzt der Mann, um das mitzunehmen, was er gerade erreichen kann. So hat er vor kurzem einem Konsistorialrat im Norden Berlins einen wertvollen Nerzpelz gestohlen. Weiterhin erbeutete der Dieb ein silbernes Abendmahlstuch und einen schwarzen Talar.

Das Schloß La Granja vom Feuer zerstört.

Madrid, 3. Jan. (W. B.) Meldung der Agence Havas. Gestern um 11 Uhr vormittags brach in dem Schloß La Granja (der Sommerresidenz des spanischen Königs, D. Schr.) ein Brand aus, der sich infolge des heftigen Windes im ganzen Schloß ausbreitete, ehe die Feuerwehr eintraf. Er griff auf die Kollegialkirche über. Die Kirche und das Schloß wurden vollständig zerstört. Mehrere Häuser in der Nähe brennen gleichfalls. Da alle Brunnen und Wasserleitungen zugefroren waren, war das Löschen sehr erschwert. Nur sehr wenige Gemälde und Wertgegenstände wurden geborgen. Der Schaden ist unermesslich.

Die amerikanische Hilfe.

Haag, 3. Jan. Reuter berichtet aus Washington: Das Ministerium des Aeußern veröffentlicht folgende Instruktionen, die den amerikanischen Delegierten zur Pariser Konferenz gegeben wurden: „Die Vereinigten Staaten werden alles tun, eine absolute Einheit der Kräfte auf militärischem, maritimem und wirtschaftlichem Gebiet zwischen ihnen und den verbündeten Ländern zustande zu bringen. Auch werden die Vereinigten Staaten durch die Ausführung ihres Schiffsahrtsprogramms das nötige hierzu beitragen. Regierung und Volk der Vereinigten Staaten werden die größten Anstrengungen machen, eine systematische Einheitlichkeit der Hilfsquellen an Mannschaften und Material herbeizuführen. So rasch, wie es die Ausrüstung und die Ausbildung der Mannschaften zulassen, sollen die Truppen der Vereinigten Staaten nach Europa geschickt werden.“ Ferner wird mitgeteilt, daß unter den Alliierten eine Organisation zustande gekommen sei, um den größtmöglichen Schiffsraum zum Transport der amerikanischen Truppen zur Verfügung zu haben. Auch soll die amerikanische Flotte energischer eingesetzt werden. Mit der englischen Admiralität wurde ein Abkommen getroffen zur Bekämpfung des Tauchbootkrieges. Die Vereinigten Staaten werden an den Beratungen des obersten Kriegsrates teilnehmen, um auf diese Weise die Vereinheitlichung der Kontrolle über die Operationen tatsächlich in die Wege zu leiten.

Großes Hauptquartier, 4. Januar.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Fast an der ganzen Front kam es zu lebhaften Kämpfen der beiderseitigen Artillerien. Alares Frostwetter begünstigte ihre Tätigkeit.

Bei englischen Vorstößen, die östlich von Ypern und nördlich vom La Bassée-Kanaal scheiterten, sowie bei eigenen erfolgreichen Unternehmungen südlich von Woerres und in der Champagne wurden Gefangene und einige Maschinengewehre eingebracht.

Seit dem 1. Januar verloren unsere Gegner im Luftkampf und durch Abschluß von der Erde 23 Flugzeuge und zwei Gesselballone. Oberleutnant Voercor errang seinen 20. Luftsieg.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen Front

und

Italienischen Front

keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Tauchbootmeldung.

Berlin, 3. Jan. (W. B. Amtlich.) Im St. Georgs- und im Bristol-Kanal wurden durch unsere U-Boote sieben Dampfer und ein Segler mit rund 24 000 Bruttoregistertonnen vernichtet. Unter den Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Charleston“ mit einer Kohlenladung, vier bewaffnete Dampfer, von denen zwei offenbar Munition als Ladung hatten, da sie nach einer auffallend schweren Detonation sofort sanken. Von dem englischen Dampfer „Charleston“, der durch die Artillerie des U-Bootes niedergelassen wurde, wurde ein Geschütz erbeutet und zwei Leute seiner Geschützbedienung wurden gefangen genommen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Bern, 3. Jan. Das „Berner Tageblatt“ meldet indirekt aus Athen: Deutsche Seelente auf einem aus einem ostafrikanischen Hafen entführten Schiffe kreuzten den Südausgang des Roten Meeres. In Ägypten erhalten die Indiensfahrer Vorfallsbefehle.

Schärfere Erfassung der Milch.

Wiesbaden, 4. Jan. Die Landwirtschaftskammer erklärte in einer in der Volksversammlung einstimmig angenommenen Entschließung, daß eine noch schärfere Erfassung der Milch im Kammerbezirk möglich und bei der augenblicklichen Lage geboten sei. Die Kammer hält es deshalb für dringend erforderlich, daß nicht nur von den dazu berufenen Organen, sondern auch von jedem Landwirt und bei eigenen Einschränkungen alles daran gesetzt wird, für das Heer, die großen Städte und die industriellen Mittelpunkte die größtmöglichen Mengen Milch und Futter zu liefern. Die Kammer verlangt 1. strengste Befolgung des verbotenen Butter- und Milchhandels, sowie rücksichtslose Anwendung von Zwangsmahnahmen im allgemeinen gegen Uebelwollende, 2. lückenlose Gestaltung der Sammelanstaltungen. Dem Zwangsankauf an Molkereien stimmte die Kammer unter dem Vorbehalt zu, daß der Eigenart der Kleinbäuerlichen Besitzverhältnisse in Hessen-Rassau in der ausführenden Stelle Rechnung getragen wird.

Bekanntmachung für Falkenstein.

Anordnung.

Auf Grund der Anordnung der Reichsstelle für Speisefette vom 15. Dezember 1917 (Reichs-Anzeiger Nr. 28 vom 17. Dezember) wird hiemit für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden das Folgende bestimmt:

Die in meiner Anordnung vom 6. März 1917 § 3 Ziffer 2 zur Dedung des Anspruches auf Butter den Fettselfstverorgern befallene Menge Vollmilch wird auf 0,4 Liter täglich herabgesetzt. Es darf also auf den Kopf des Haushaltungsangehörigen höchstens diese Menge zur Verbutterung zurückbehalten werden.

Diese Anordnung tritt mit dem 1. Januar 1918 in Kraft.

Wiesbaden, den 19. Dezember 1917.

Der Regierungspräsident.

J. A.: Droege, Gehelmer Regierungsrat.

Wird veröffentlicht: auf Grund obiger Anordnung wird § 3 Ziffer 6 der Kreisverordnung über Milch vom 17. 8. 1917 wie folgt abgeändert:

6. 0,4 Liter zur Butterbereitung für den eignen Haushalt einschl. der Wirtschaftsangehörigen.

Diese Anordnung tritt mit dem 1. Januar 1918 in Kraft.

Die Gemeindebehörden werden um entsprechende Benachrichtigung der Fettselfst-Verorgern, sowie der Ortssammlstellen und Milchkontrolloren ersucht.

Bad Homburg v. d. H., den 21. Dezember 1917.

Der Kreis-Ausschuß. J. A.: von Bräuning.

Wird veröffentlicht.

Falkenstein im Taunus, den 4. Januar 1918.

Die Polizeiverwaltung: Hasselbach.